

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Die Linke.

An die
Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rat
04.04.2017
zu TOP 10.3

Tischvorlage

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 04.04.2017

AN/0559/2017

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.04.2017

Ergänzungsantrag zu TOP 10.3, Beschlussvorlage 2181/2016, Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungs- und Zusatzantrag in die Tagesordnung des Rates am 04.04.2017 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Fassung der Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses vom 30.03.2017 wird in Ziff. 3 um folgenden Satz 2 ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, analog der Regelung im Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz die Zulässigkeit der Aufnahme einer Regelung in die Wohnraumschutzsatzung zu prüfen und ggf. zu erarbeiten, die den Bestandsschutz für vor dem 01.07.2014 zulässig vermietete Ferienwohnungen kurzfristig abschafft.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Geschäftsführer Fraktion DIE LINKE.